

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 6 (1965)
Heft: 1

Artikel: Geburtenbeschränkung in Ungarn
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076925>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geburtenbeschränkung in Ungarn

Von Michael Csizmas

Zu den aktuellen Problemen Ungarns gehört der schwache Bevölkerungszuwachs. Der 1963 verzeichnete Geburtenüberschuss von 3,2 Promille zeigt zwar eine deutliche Besserung gegenüber dem Tiefstand von 2,1 Promille im Jahre 1962, ist aber immer noch der niedrigste in ganz Osteuropa. Die sowjetische Zuwachsrate ist fünfmal grösser, die unbefriedigende tschechoslowakische Zuwachsrate immer noch doppelt so hoch. Auch im Vergleich mit westlichen Ländern und mit der übrigen Welt fällt Ungarn ab. Eine Erklärung dafür liegt in der überaus hohen Zahl von Schwangerschaftsunterbrechungen, die ihrerseits wiederum verschiedene Ursachen hat.

Seit gut einhalb Jahren wird die schwache Bevölkerungszunahme in Ungarn nicht nur viel, sondern auch auffällig objektiv diskutiert. Behörden und demographische Fachkreise sprechen trotz der leichten Besserung in den beiden letzten Jahren von einer alarmierenden Situation. Der Geburtenüberschuss hatte sich zunächst von 9,5 Promille im Jahre 1950 auf 11,5 Promille 1955 gesteigert, nahm dann aber regelmässig ab, bis er in den Jahren 1960 (4,5), 1961 (4,4) und 1962 (2,1) einen Tiefpunkt erreichte. Wie wenig selbst die nun wieder erreichten 3,2 Promille darstellen (für 1964 wird der Zuwachs auf höchstens 4 Promille geschätzt), zeigen Vergleichszahlen. Der durchschnittliche Bevölkerungszuwachs liegt in Mitteleuropa gar bei 17 Promille. Das ungünstige Bild wird auch durch die Gegenüberstellung zu einzelnen kommunistischen oder westlichen Staaten bestätigt. Der Geburtenüberschuss auf 1000 Einwohner beläuft sich in der Sowjetunion auf 14,9, in der CSSR auf 6,6, in der DDR auf 4,8, in Italien auf 8,9, in der Schweiz auf 9,3, in den USA auf 11,9, in Frankreich auf 6,5, in der Bundesrepublik auf 7,0.

Wege und Abwege der Bevölkerungspolitik

Wieweit lässt sich nun die Bevölkerungsentwicklung in Ungarn mit der Bevölkerungspolitik des jeweiligen Regimes erklären? Die Zusammenhänge lassen sich jedenfalls in einem geschichtlichen Rückblick sehr deutlich erkennen, wobei namentlich das Zahlenverhältnis von Geburten und künstlichen Schwangerschaftsunterbrechungen aufschlussreich sind.

Bis zum Beginn der fünfziger Jahre tastete das Regime die übernommenen gesetzlichen Regelungen, wonach Abtreibungen streng bestraft wurden, kaum an. Als im Jahre 1951 eine bewusste Bevölkerungspolitik einsetzte, förderte sie im Gegenteil nachhaltig einen kräftigen Bevölkerungszuwachs. Wie in allen Volkdemokratien herrschte damals die Meinung, dass die grosse wirtschaftliche Entwicklung eine Geburtenregelung überflüssig machte und der «sozialistische Aufbau» immer mehr Arbeiterhände erfordere. In jedem Frauenspital stand zu der Zeit der Slogan der Gesundheitsministerin Anna Ratko: «Gebären ist für Frauen eine Pflicht, für Mädchen eine Ehre.»

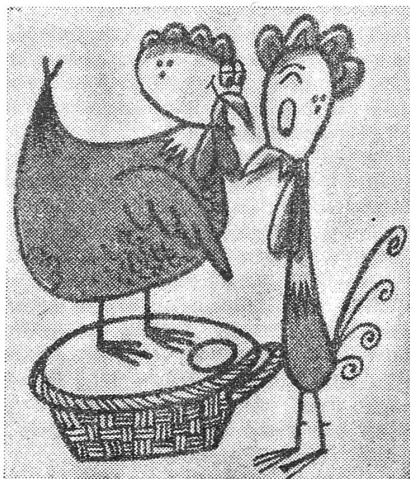
Wie die steigenden Geburtenzahlen beweisen, war die Kampagne auch erfolgreich. Natürlich spielten dabei auch die Sozialleistungen eine Rolle: Kostenlose ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft, kostenlose Säuglingsausstattung, Prämien für kinderreiche Mütter usw.

Die Bestrebungen führten am 8. Februar 1953 zu einem Regierungsbeschluss «betreffend den weiteren Ausbau des Mutter- und Säuglingsschutzes», der einerseits erhöhte Vergünstigungen für Mütter vorsah, andererseits auch scharfe Strafen für Abtreibungen. Solche durften nur aus ersten Gesundheitsgründen erfolgen, über deren Vorliegen besondere Komitees entschieden. Vergehen gegen die Abtreibungsverbote wurden mit zunehmender Strenge geahndet, bis sie in die für kommunistische Rechtsbegriffe besonders gravierende Kategorie der «sozialgefährlichen Handlungen» eingereiht wurden.

So stieg in den Jahren 1952 bis 1954 die Geburtenzahl von 19,6 auf 23,0 Promille an, was als Erfolg gebucht werden konnte.

Erste Wende

Dennoch brachte das Jahr 1954 gleichzeitig schon eine erste Wende. Sie wird verdeutlicht durch einen ersten sprunghaften Anstieg der Abtreibungen auf 1,7 Promille gegenüber



«Warum nur ein Ei!» «Bitte, bei dem miesen Lebensstandard für grosse Familien.»

0,3 Promille im Vorjahr. Das hing damit zusammen, dass die Behörden schon 1954 zu einer largeren Handhabung des Abortus-Verbots schritten. Man gestattete nun die Schwangerschaftsunterbrechung nicht mehr nur aus Gesundheitsgründen, sondern auch aus sozialen und familiären Gründen. Neben den Gesundheitsabteilungen der Stadt- und Kreisärzte wurden die sogenannten AB-(Abortus-) Kommissionen errichtet, die die persönlichen Umstände der Gesuchsteller überprüften und endgültig entschieden. Das Jahr 1954 war das letzte, in dem sowohl Geburts- als auch Abtreibungszahlen stiegen. Darnach stiegen letztere auf Kosten der ersteren, wobei es 1959 zum Gleichstand kam. Auf tausend Einwohner gerechnet, zeigten die nächsten acht Jahre folgendes Bild:

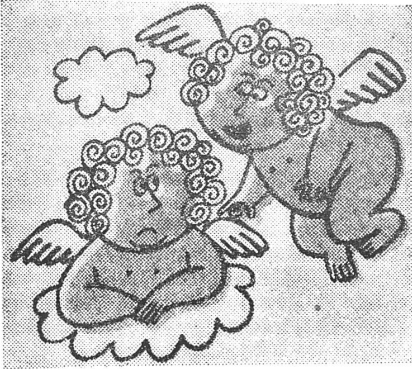
Jahr:	Geburten: (in Promille)	Abtreibungen: (in Promille)
1955	21,5	3,6
1956	19,6	8,4
1957	17,0	12,5
1958	16,1	14,7
1959	15,1	15,2
1960	14,7	16,2
1961	14,0	16,9
1962	13,0	20,2

Für diese neue Entwicklung können die Jahre 1954 bis 1956 als Uebergangsperiode betrachtet werden, in der sich eine neue Politik abzuzeichnen begann. Der Grund lag in der Schwierigkeit der Planwirtschaft, mit den erhöhten Geburtsziffern fertig zu werden. Es fehlte an Kindergärten, Schulräumen und Wohnungen. Wie es im Tagungsbericht einer demographischen Konferenz hiess, hätten die Investitionen für den «sozialistischen Aufbau» so hohe Aufgaben gefordert, dass eine weitere Bevölkerungszunahme das Absinken des Lebensstandards zur Folge haben könnte. Auch der forcierte Schwerindustrie-Aufbau liess sich bei Weiterführung der bisherigen Bevölkerungspolitik schwer finanzieren. So wurde die bisherige Propagandakampagne gegen die Abtreibungen allmählich durch eine Werbung für vermehrte Schwangerschaftsunterbrechung abgelöst.

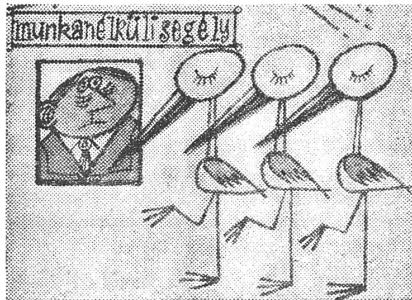
Der Rückschlag setzt ein

Die neue Entwicklung wurde im Frühling 1956 durch einen Ordnungsplan legalisiert, der unter dem Motto stand: «Die Mutter soll aus freiem Ermessen über das Schicksal ihrer Schwangerschaft entscheiden.» Die Regelung von 1953 wurde nun völlig desavouiert. So erklärte Radio Kossuth etwa: «Das Gesetz von 1953 zeigte kein Verständnis für die Sorgen des Individuums. Die Verordnung war die Ausgeburt eines Sektiererertums, das den menschlichen Problemen völlig entfremdet ist.»

Die erwähnten AB-Kommissionen wurden in der Folge zwar nicht aufgehoben, verloren aber ihren Charakter als Entscheidungsinstanz über die Zulässigkeit von Schwangerschaftsunterbrechungen. Praktisch dienten sie nur noch der finanziellen Ab-



Die Ungeborenen: «Mir haben sie einen Skoda vorgezogen.» — «Und mir einen ‚Trabant‘».



Vor dem Büro für Arbeitsvermittlung: «Schlechte Konjunktur in dieser Branche.»

klärung, da bei einer Schwangerschaftsunterbrechung aus Gesundheitsgründen der Staat die Kosten übernimmt, sonst aber die Patientin eine Pflegegebühr entrichten muss. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Ungarn, das zehn Millionen Einwohner zählt, verzeichnete in den letzten acht Jahren rund 1,2 Millionen Abtreibungen. 1963 standen den 132 342 Geburten nicht weniger als 181 841 Abortusfälle gegenüber. In den letzten zwei Jahren haben immer mehr Stimmen auf die Unhaltbarkeit dieser Zustände hingewiesen. Man hat sie in ärztlichen Kreisen sogar als «eine Art von Genocid» (Völkermord) bezeichnet. Auch die Parteipresse verschafft diesen Stimmen nun Gehör. Jetzt hat eine leichte Bewegung zum Besseren eingesetzt, aber zum vollen Erfolg bedürfte es einer erneuten Revision der Bevölkerungspolitik.

Soziale Hintergründe

Nur mit gesetzlichen Regelungen kann freilich die negative Entwicklung des letzten Jahrzehnts nicht erklärt werden. In Ungarn selbst wurden neben der unbedenklichen Abtreibungspraxis auch vielerlei soziale Ursachen in Betracht gezogen: Verstärkung, Frauenarbeit, finanzielle Probleme. Unter anderem war auch die Kinderlosigkeit aus Wohlstandsbedürfnis ins Feld geführt worden. Demnach würde die mangelhafte Geburtenrate eine direkte Folge des erhöhten Lebensstandards darstellen.

Aber diese Erklärung ist im Lande selbst als unzutreffend oder jedenfalls unzureichend bezeichnet worden. So hatte die Fachzeitschrift «Demografia» festgestellt: 29 Prozent der Frauen, die um Abtreibung er-

suchen, tun es aus biologischen und gesundheitlichen Gründen. Die Mehrheit der Ehepaare, die nur ein oder zwei Kinder wollen, haben dafür finanzielle Gründe. Unter Berücksichtigung der Verdienstmöglichkeiten in Ungarn scheint dieses Zahlenverhältnis realistisch. Laut Volkszählung von 1959 beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen einer Familie — unbeschadet der Anzahl Kinder — 2500 bis 2600 Forint. Das Pro-Kopf-Einkommen belief sich auf 823 Forint. In kinderlosen Familien steht das Pro-Kopf-Einkommen auf 1106 Forint, bei einem Kind auf 834, bei zwei Kindern auf 688... und bei fünf Kindern auf 406 Forint.

Zu diesen Zahlen bemerkte letzten Sommer die Zeitschrift «Borsodi Szemle»:

«Angesichts der Tatsache, dass das Existenzminimum in Ungarn gegenwärtig um 800 bis 850 Forint liegt, zeigen diese Angaben deutlich, dass die gegenwärtigen Durchschnittsverdienstmöglichkeiten bestenfalls einer Familie mit nur einem Kind einen vernünftigen Lebensstandard gewährleisten...» Nach einem Hinweis auf weitere Quellen und Untersuchungen fährt die Zeitschrift fort:

«Demnach ist es nicht immer der Wunsch nach einem Kühlschrank oder einem Fernsehapparat (wir sind der häufigen Erwähnung dieser Punkte überdrüssig, obwohl sie dann und wann zutreffen mögen), sondern der gerechtfertigte Wunsch nach annehmbaren Lebensbedingungen, welcher es für beide Elternteile nötig macht, eine Stelle zu haben.»

Eine ähnliche Argumentation führte auch der Schriftsteller Pal Szabo (Präsidiumsmitglied der ungarischen Schriftstellervereinigung und Vizepräsident der Patriotischen Volksfront) an, als er letzten Frühling schrieb:

«Nie zuvor hat unsere Geschichte eine so absurde Situation gekannt. Wir reden über den Kampf um den Frieden und verlieren (durch Abtreibungen) Jahr für Jahr soviel Mitglieder unserer Bevölkerung wie im Verlaufe eines langen Krieges. Wer hat diese fürchterliche Lawine in Gang gesetzt, die unsere Zukunft begräbt? Lasst mich aus einem Zeitungsartikel zitieren: Kleine, armselig bevölkerte Wohnung, drei Kinder, beide Eltern in der Fabrik angestellt. Das kleinste Kind kann nicht in den Kindergarten geschickt werden, weil es erst zweijährig ist. Dann ist da noch ein dreijähriges Kind, und das älteste zählt sechs Jahre. Dieses muss ebenfalls zu Hause bleiben, um auf die jüngeren Geschwister aufzupassen. Als eines Tages Feuer ausbrach, war es nur den Nachbarn zu danken, dass die Kinder gerettet werden konnten.»

Gewiss liessen sich solchen kritischen Stimmen aus Ungarn (die wenigstens nicht als antikommunistische Schwarzmalerei abgetan werden können) andere Stimmen gegenüberstellen, welche die sozialen Einflüsse auf die schwache Geburtenrate anders auslegen (Auswirkungen der Industrialisierung usw.). Jedenfalls aber hat Ungarn zur Bewältigung seines Bevölkerungsproblems auch soziale Fragen zu lösen.

Zur «Abendmesse»

Der Beitrag «Abendmesse», den wir letzte Nummer aus der ungarischen Zeitschrift «Korsar» übernommen hatten, fand auch in Ungarn selbst Widerhall. Auf die Frage des Autors, was einen modernen jungen Mann zum Priesterberuf mit alle dessen Nachteilen bewegen könne, hat in der katholischen Wochenschrift «Uj Ember» Bela Csanad geantwortet. Mit Aussagen von Zöglingen eines Priesterseminars. Verschiedene Wege sind zu erkennen. Da ist ein Dreher, der in den Ferien noch in seinem alten Beruf arbeitet. Ein anderer wollte von Kindheit an Priester werden, ein Dritter wird es gegen den Widerstand seiner Familie.

Eine seelische Spaltung aber lasse sich bei den jungen Leuten nicht feststellen, die tagsüber in der Fabrik arbeiten und abends als Priester in die Familien gehen, meint Bela Csanad abschliessend. Wohl aber das Geheimnis der Gnade.



denn Neher hat etwas auf den Markt gebracht, das eigentlich in keinem Haushalt fehlen sollte: Die Mono-Box. All meine privaten Sachen (Schriften, Ausweise, Sparbuch, Pass, Versicherungspolice und auch das Tagebuch...) sind in der Mono-Box vor fremdem Zugriff und indiscreten Augen sicher! Die solide, formschöne, farbenfrohe und feuerhemmende Mono-Box-Stahlblechkassette mit Sicherheitsverschluss, Traggriff und 12 praktischen Mono-Map-Hängemappen erhalten Sie in allen guten Papeterien und Bürofachgeschäften. Lassen Sie sich die Mono-Box ganz unverbindlich zeigen... es wird Ihnen gehen wie mir: Mir geht nichts über Neher!

**Was liegt nun näher?
Ein Produkt von NEHER!**

Neher AG 3000 Bern 14 Belpstrasse 20
Büroartikelfabrik Tel. 031 / 25 33 31